

Zum Wahlparteitag DIE LINKE.

Prof. Dr. Horst Bischoff, Stellv. Vorsitzender

Auf Einladung nahmen Mitglieder des Vorstands von ISOR am 20. und 21. Juni als Gäste am Wahlparteitag der Partei DIE LINKE. in Berlin teil. Mit tiefer Genugtuung und Befriedigung konnten wir die programmatischen Vorträge (Lafontaine, Gysi) sowie die breite Diskussion und demokratische Aussprache zum Programm der Partei zur Bundestagswahl verfolgen.

Anders als die Mehrzahl der Medien hatten wir den Programmentwurf sowie die hierzu eingereichten rund 1000 Änderungsanträge und Ergänzungsvorschläge als Ausdruck einer demokratischen, leidenschaftlichen und sehr engagierten innerparteilichen Diskussion in einer pluralistischen linken Partei wahrgenommen, wie das wohl Normalität in einer so jungen Partei ist. Entgegen allen vorab und parallel zum Parteitag medial verkündeten Wunschprognosen stellte sich uns DIE LINKE. einheitlich im Kampfeswillen und in ihren Zielrichtungen dar. Mit Respekt haben wir die Fähigkeit der sich Außenstehenden oft sehr schwer erschließenden unterschiedlichen Strömungen, Plattformen, Arbeitsgruppen und sonstigen Gruppierungen innerhalb der Partei zur Kenntnis genommen, in der Standpunktbildung aufeinander zuzugehen, einander an- und zuzuhören und nach Lösungen zu suchen. Dies wohl auch dank einer sehr sorgsam vorbereitenden Arbeit der Antragskommission und einer geduldigen und umsichtigen Tagungsleitung, vor allem aber wohl auch der spürbaren Selbstdisziplinierung der Delegierten. Angesichts der bekannten oft manischen Streitsucht und von Unfehlbarkeitsansprüchen innerhalb der linken Bewegungen – wohl eine ihrer größten Schwächen – haben wir das als deutlichen Gewinn und Ausdruck gewachsener Reife empfunden.

Inzwischen sind die Referate, die Diskussion und das mit übergroßer Mehrheit beschlossene Wahlprogramm (sieben Gegenstimmen, vier Stimmenthaltungen) veröffentlicht und kompakt dokumentiert auch über Internet zugänglich (www.die-linke.de). Einzelne Politiker in den übrigen vier Bundestagsparteien begannen bereits am 21.06. abends, kaum dass der Parteitag zu Ende war, vor allem innenpolitische und soziale Forderungen der Partei DIE LINKE. rasch für ihre eigenen Forderungskataloge zu adap-

tieren, um sie nach bekanntem Strickmuster für sich zu reklamieren (z.B. solche politischen Dauerbrenner wie die Forderungen Rücknahme der Rente mit 67, weg mit Hartz IV, die Beseitigung von Leiharbeit und Zeitarbeitsverträgen, die Einführung von Mindestlöhnen usw.). Kurzum DIE LINKE. wirkt.

Hervorzuheben bleibt:

1. Wir unterstützen vorbehaltlos die konsequente Friedenspolitik der Partei DIE LINKE. »Wir sind strikt gegen alle Formen von Angriffskriegen«, betonte Gysi. »Wir treten als erste aus der Spirale der Gewalt aus, wir reagieren mit einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, mit einem Dialog der unterschiedlichen Kulturen und Religionen und nie wieder mit Krieg.«

DIE LINKE. erweist sich deutlich in Programmatik und Gestaltung ihrer realen Politik gegenwärtig als die einzige deutsche Partei, die jegliche Form von Gewalt und Angriffskriege ablehnt.

ISOR als soziale Organisation ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe tritt dieser Programmatik unter allen Umständen bei. Dies auch aus dem beruflichen und politischen Wissen ihrer Mitglieder und in Kenntnis dessen, was Krieg und Gewalt für die Menschheit bedeuten würde sowie der auf diesem Wissen begründeten Überzeugung von der alternativlosen Richtigkeit dieser Programmatik.

2. Wir begrüßen sehr und unterstützen die umfassende sozial- und gesundheitspolitische Programmatik die damit verbundenen politischen Konzeptionen der Partei, naheliegend natürlich insbesondere den Kampf um höhere und gerechte Renten, die vor Altersarmut schützen.

Im Jahre 2007 hatte DIE LINKE. dem Bundestag im Einklang mit den Sozialverbänden, auch mit uns, in einer umfassenden Initiative 17 Anträge vorgelegt, »um Rentenübergangslücken, Versorgungsrecht und Rentenstrafrecht im Osten zu überwinden ... Das Rentenrecht ist nicht die Rubrik, wo ich mich mit Biographien auseinandersetze«, so Gysi. Und weiter: »Das Rentenrecht hat etwas mit Anwartschaftsjahren, mit Beiträgen und vielem anderen zu tun. Wer eine Vereinigung will, muss auch anstreben, dass Menschen für die gleiche Leistung die gleiche Rente bekommen.«

Wir empfinden dies als programmatische Erklärung Gysis in Erfüllung eines Wählerauftrags aus der vergangenen Wahlperiode und gleichzeitig auch des Versprechens an den 16. Deutschen Bundestag bei Ablehnung der 17 Anträge Anfang Mai 2009: »Solange wir im Bundestag sind, werden Sie in jeder Legislaturperiode diese Anträge vorgelegt bekommen.«

ISOR erklärt für diese Positionierungen der Partei DIE LINKE. auf ihrem Wahlprogramm-Parteitag die Dankbarkeit seiner Mitglieder. Wir werden auch künftig im Kampf um Rentengerechtigkeit unseren eigenständigen Beitrag leisten.

3. Mit großer Aufmerksamkeit nehmen wir den Kampf um die dauerhafte Begründung und Installation eines Fünfparteiensystems in der politischen Landschaft der Bundesrepublik zur Kenntnis und unterstützen ihn.

Dies auch im Wissen um die absehbar notwendige Prüfung von Bündnissen und Koalitionen mit anderen Parteien auf Bundesebene, namentlich mit der SPD und den Grünen. Wir teilen allerdings aus eigener Erfahrung auch die Auffassung, dass beide Parteien derzeitig auf Bundesebene wohl kaum koalitionsfähig sein dürften und setzen in diesem Zusammenhang auf ein breites Bündnis der Partei DIE LINKE. mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und den Friedensbewegungen.

Dies um so mehr, als in Parteien in Deutschland mit sinkender Tendenz heute nur noch weniger als 2,6 % der gesamten Bevölkerung im wahlfähigen Alter organisiert ist (im Osten weniger als 1,6 %). In Verbindung mit sinkenden Wahlbeteiligungen der Bürger dürfen Überlegungen über die Wirkungsmechanismen und demokratischen Legitimationen von Parteien in der heutigen parlamentarischen Demokratie zunehmend überfällig werden und Koalitionen über Parteidgrenzen hinaus erfordern.

Der Parteitag vermittelt, auch im Vergleich mit den Resultaten analoger Veranstaltungen anderer im Bundestag vertretenen Parteien, dass gegenwärtig allein DIE LINKE. konsequent für den sozialen Schutz der Mehrheit der Gesellschaft kämpft. Aus dieser Sicht ruft ISOR seine Mitglieder und Sympathisanten sowie deren Familienmitglieder und Freunde für die Bundestagswahlen am 27. September zu einer klaren Wahlentscheidung für DIE LINKE. auf. Selbstverständlich betont ISOR auch künftig ihre parteipolitische Unabhängigkeit, was jedoch nicht mit politischer Neutralität zu verwechseln ist.

Wir bleiben – im Einklang mit unserer Satzung – eine Interessenvertretung, und nur von dieser Partei sehen wir uns im Bundestag und in der praktischen Politik tatsächlich vertreten.

Im Zweifel empfehlen wir die Lektüre des Protokolls der 224. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 28. Mai 2009 zur Beratung der 17 Anträge der Fraktion der Partei DIE LINKE. zum »Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (2. AAÜG-ÄndG)«.

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Gemeinsame Beratung von Vorstand und Beirat am 14. Juni 2009

Vorstand und Beirat nahmen Berichte über die Teilnahme von Vertretern unseres Vereins am Wahlparteitag der Partei DIE LINKE. sowie an einem Erfahrungsaustausch des Ostdeutschen Kuratoriums der Verbände entgegen.

Dabei wurde die klare Wahlempfehlung zugunsten der Linkspartei als Standortbestimmung für ISOR als Teil der außerparlamentarischen Opposition gegen Kriegseinsätze und Sozialabbau bestätigt.



Dr. Rainer Rothe informierte erneut über den Stand der juristischen Auseinandersetzungen, wie er sie bereits in der letzten Ausgabe von ISOR aktuell ausführlich beschrieben hatte. Er betonte, dass unsere Verfahren nur einen kleinen Teil der mehr als 300.000 Verfahren vor den Sozialgerichten ausmachen, allerdings beim Thema Rentenrecht zweifellos am spektakulärsten sind. Es sei nötig, unsere Verfahren durch »rechtspolitische Schwungmasse«, also Petitionen, Gespräche mit Politikern usw. zu unterstützen. Unsere Hauptargumente ergeben sich aus dem Grundgesetz, das staatlichem Handeln Grenzen setzen kann.

Es wurde darauf hingewiesen, dass das Anwaltsbüro derzeit eine größere Anzahl Verfahren vertritt, in denen es um die Anerkennung von Zuschlägen und Zulagen bei der Rentenberechnung geht. Sie sollten weiter verfolgt und nicht vorschnell aufgegeben werden.

Hinsichtlich der Anerkennung von Dienstbeschädigtenrenten für Mitarbeiter des MfS liegt ein Verfahren derzeit beim Bundesverfassungsgericht.



In der Diskussion nahm die von ISOR gestartete Unterschriftensammlung zu einer Sammelpetition gegen das Rentenstrafrecht breiten Raum ein.

Auch wenn nicht jedes Mitglied von ISOR in der Lage ist, Unterschriften zu sammeln, ist eine die Mitgliederstärke deutlich überschreitende Zahl von Unterschriften realistisch anzunehmen. Bei durchschnittlich nur zwei zusätzlichen Unterschriften je Mitglied könnten 50.000 Unterschriften leicht erreicht werden. Normalerweise müsste dann der Petitionsausschuss die Einreicher der Petition zu ihrem Anliegen anhören. 100.000 Unterschriften wären ein Politikum. Dazu sind lediglich 4 bis 5 zusätzliche Unterschriften je Mitglied im Durchschnitt erforderlich. Die ausreichende Zeit bis zum 15.10.2009 bietet dafür sicherlich manche Gelegenheiten.

Teilnehmer der Beratung berichteten, dass ihnen bekannte Mitglieder von Verbänden und Vereinen, z.B. aus dem »Föderverein Rotfuchs«, dem Bundeswehrverband, dem BRH und anderen der Unterschriftensammlung aufgeschlossen gegenüberstanden. Entscheidend ist immer

die Erläuterung unseres Anliegens im persönlichen Gespräch. Als günstig erweist sich auch die Verbindung unserer Unterschriftensammlung mit der Sammlung von Unterschriften unter die Petition zur Rentenangleichung Ost an West (Verdi, Volkssolidarität und andere). Dieter Wittstock übergab eine erste komplett gezeichnete Liste an den Vorsitzenden.

★
Die Bundestagswahl am 27.09.09 eröffnet die Möglichkeit, die entsprechenden Kandidaten zu ihrem im Internet dokumentierten Abstimmungsverhalten zu den Rentenvorschlägen der Partei DIE LINKE. öffentlich zu befragen oder auch schriftliche Auskünfte dazu anzufordern. (s.a. www.bundestag.de)

Über eine Beratung des OKV

Von Helmut Holfert, Mitglied des Beirates

Mit ca. 90 Vertretern aus territorialen Gruppen der GBM, der GRH, der ISOR, dem RotFuchs-Förderverein, der Friedensarbeit sowie örtlicher und sozialer Bündnisse aus den neuen Bundesländern und Berlin, fand am 23. Juni eine Beratung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden statt. Ihr Ziel war Bündelung von Kräften im sozialen und politischen Kampf gegen den weiteren Abbau und der andauernden Verweigerung sozialer Rechte, gegen zunehmende Menschenrechtsverletzungen und Friedensbedrohungen. Es wurden bisherige Erfahrungen dargelegt und das »Wie weiter« beraten. Alle Freunde und Gönner, die zu Wort kamen, unterstrichen den weiter zunehmenden politischen und sozialen Stellenwert einer eigenständigen Vereinsarbeit. Sie betonten zugleich die Notwendigkeit zu gemeinsamen abgestimmten und öffentlichen Aktionen in den Territorien.

Die Ausführungen von Prof. Dr. Siegfried Mechler, Hans Bauer, Rolf Berthold (RF-Förderverein), Klaus Blessing, Dr. Hans Modrow, Horst Parton und Prof. Dr. Wolfgang Richter hoben Letzteres ausdrücklich hervor und benannten gleichzeitig Tätigkeitsfelder und resultierende Aufgaben.

Persönlich beeindruckten wohl die deutlichen Aussagen von Hans Modrow, Hans Bauer und Klaus Blessing, die zu den praktischen Handlungserfordernissen in der jetzigen Zeit sprachen. Roland Claus (MdB DIE LINKE.) ließ mit seinen Ausführungen erkennen, dass solchem Zusam-

mengehen, wie jüngst auch bei den Schüler- und Studentenstreiks praktiziert, nichts im Wege steht.

Erfreulich und erfrischend war das Auftreten des 20-jährigen Studenten Dominik Gläsner aus Zittau. Auf Grund unseres Altersdurchschnittes fast ein Exot, doch ein echter Gewinn dieses Tages. In klaren und verständlichen Worten, im Weiteren durch Beiträge von Walter Schmidt (Bitterfeld) und Rolf Berthold ergänzt und bestätigt, sprach er zu uns, den Älteren. Für unseren gemeinsamen Kampf benötigen wir jüngere und junge Mitstreiter. Die Älteren müssen sich einer Sprache bedienen, die die junge Generation erreicht, die sie versteht; vor allem und ganz besonders in der Vermittlung eines richtigen DDR-Bildes. Einer pauschalen Geschichtsvermittlung hört keiner dieser Jüngeren zu. Nur im Dialog mit ihnen können Zweifel und Unkenntnis, die jahrelange mediale Verzerrung nach 1990 schon »angerichtet« hat, überwunden werden. Und nur so ist dann auch der gemeinsame Weg möglich, den diese einmal weiterführen müssen.

Hinweis zur Unterschriftensammlung:

Bei jeder Unterschrift sollte die vollständige Adresse, unter der Rubrik »Straße« also auch die Hausnummer angegeben werden. Damit soll vermieden werden, dass Unterschriften seitens des Petitionsausschusses evtl. für ungültig erklärt werden.



**Aus unseren
TIG**

Zum neunten Altmarktreffen trafen sich die Mitglieder der TIG aus dem Altmarkkreis Salzwedel, dem Landkreis Stendal und aus Wolmirstedt. Die TIG Salzwedel und Stendal konnten in Vorbereitung des Treffens 11 neue Mitglieder gewinnen. Die anwesenden 116 Mitglieder und Gäste folgten den Ausführungen von Dr. Rainer Rothe, Leiter der Arbeitsgruppe Recht, zur Situation im Kampf zur Beseitigung des Rentenstrafrechts.

Gäste der Veranstaltung waren u.a. das Mitglied des Landtages Hans Jörg Krause (DIE LINKE.), der Landesbeauftragte und das Bei-

ratsmitglied von ISOR, der Vorsitzende der TAG Stendal, Vertreter des DBWV aus Stendal, Mitglieder des Kreisseniorenrates Salzwedel sowie ISOR-Mitglieder anderer TIG (u.a. Halberstadt und Perleberg).

Zum ersten Mal konnten wir mit Katrin Kunert (DIE LINKE.) ein Mitglied des Bundestages begrüßen, während Marko Mühlstein (SPD) und Dr. Hans-Heinrich Jordan (CDU) abgesagt hatten. Letztere hätten ja die Möglichkeit gehabt, zu ihrem Stimmverhalten im Bundestag zu den

>>> Fortsetzung auf Seite 3

>>> Fortsetzung von Seite 2

17 Anträgen der Fraktion DIE LINKE. Stellung zu nehmen.

Das Treffen war also gleichzeitig unser Auftakt zu den Bundestagswahlen am 27. September.

Wenn auch gegenwärtig die Parteien der Regierungskoalition um die Stimmen der Rentner buhlen, sie hatten zur Veränderung des Rentensystems 20 Jahre Zeit. Leider gibt es nur die Fraktion DIE LINKE., die sich ernsthaft für die Beseitigung des Rentenstrafrechts einsetzt.

Während des Treffens wurde von den Anwesenden der »Aufruf für eine gerechte Rentengleichung in den neuen Bundesländern« unterzeichnet. Eine Spendenammlung für Jim Clark, mit dem die TIG Stendal in Postverbindung steht, sowie für Kurt und Terry erbrachte 171 EURO.

Helmut Stefan



Auf der Mitgliederversammlung der TIG Güstrow verwies der Vorsitzende Walter Krüger auf eine erfolgreiche Arbeit. Die Mitgliederzahl blieb stabil. Die gute Organisations- und Betreuungsarbeit hat wesentlich den inneren, solidarischen Zusammenhalt der Mitglieder befördert und bewirkt, dass sie sich an vielen Aktivitäten im Kampf um Rentengerechtigkeit beteiligen.

Nach der Wahl des neuen Vorstandes und des Delegierten für die Vertreterversammlung beschloss die Versammlung eine Willensbekundung.

Wendt

(Diese Willensbekundung ist im Internet www.isor-sozialverein.de unter »Aus unseren TIG« nachlesbar – d. Red.)

Bei anderen gelesen:

Aus der Presseinformation 39/09 der Volkssolidarität:

»Wir warnen davor, mit interessengeleiteten Studien Stimmung gegen die gesetzliche Rente zu machen und Panik bei den Rentnerinnen und Rentnern zu verbreiten.« Das erklärte der Bundesgeschäftsführer des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes Volkssolidarität Dr. Bernd Niederland am Mittwoch in Berlin zu dem bekannt gewordenen Gutachten von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) zur Rentenentwicklung. »Wenn Professor Raffelhüschen als bekannter Lobbyist der Versicherungsunternehmen eine solche Studie für die bekannte Lobbyorganisation INSM veröffentlicht, kann leider von Seriosität kaum die Rede sein.«...

(Vollständiger Wortlaut im Internet unter www.isor-sozialverein.de Abschn. Bei anderen gelesen)

Auf dem Büchermarkt:

Erich Buchholz – »Strafrecht im Osten – Ein Abriss über die Geschichte des Strafrechts in der DDR«.

KaiHomilius Verlag

Edition Zeitgeschichte Bd. 37

ISBN 978-3-89706-57-5, Preis 58 Euro

Dieses Buch ist eine historische Abhandlung der Entwicklung des Strafrechts in beiden deutschen Staaten und eine präzise theoretische Auseinandersetzung mit Strafrechtstheorien, wie sie in der BRD aus der faschistischen Strafrechtsideologie fortgesetzt wurden.

Der Verfasser führt in seinem Buch den nicht zu widerlegenden Beweis, dass das Strafrecht der DDR, im Gegensatz zur Wirklichkeit des Strafrechts in der BRD historisch legitimiert war.



Bernd Fischer – Als Diplomat mit zwei Berufen.

Verlag edition ost

Band 4 der Geschichte der HVA

ISBN 978-3-360-01802-1, 14,90 EURO

Oberst a.D. Bernd Fischer war selbst Diplomat und Resident. Er war Leiter der HVA im Prozess ihrer Auflösung.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 24.06.2009

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29.07.2009

Einstellung ins Internet: 07.08.2009

Auslieferung: 13.08.2009

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr